

mehr. Ob auch die anderen Großmächte diesem Beispiel Deutschlands folgen werden, steht zu bezweifeln, da diese wegen ihrer hervorragenden Interessen im Orient ein größeres Gewicht als Deutschland auf ihre Beziehungen zur Pforte legen müssen. — Die deutsche Wahlbewegung bietet noch immer wenig Erfreuliches dar, da an Stelle der Vereinbarungen und friedlichen Auseinandersetzungen noch immer die Parteiliebe und Zersplitterung ihr wüßtes Spiel treiben. Auch das in der vergangenen Woche von der Regierung ausgegebene Wahlprogramm hat zunächst wenig zur Klärung in der Wahlbewegung gebietet, da die Ziele in dem betreffenden Programme wohl unantastbar sind, aber die einzelnen Wege, auf denen man zu diesen Zielen gelangen will, in dem Programme nicht erwähnt wurden. Man kann dies allerdings auch nicht ohne Weiteres von der Regierung verlangen, da derartige Auseinandersetzungen mehr in das Gebiet der Gesetzesvorlagen gehören. — Da noch vielfach Unklarheit herrscht, wer überhaupt wählen darf, so geben wir darüber folgendes Näheres zur Notiz. Wähler ist jeder Deutsche, der das 25. Lebensjahr zurückgelegt hat, wofür er nicht unter Vormundschaft steht, oder Armenunterstützung erhält, oder infolge rechtskräftigen Erkenntnisses die Ehrenrechte verloren hat, oder über seinem Vermögen der Konkurs schwebt. Jeder wählt in dem Bezirke, wo er zur Zeit der Wahl seinen Wohnsitz hat. Er kann jedoch von seinem Rechte nur dann Gebrauch machen, wenn sein Name in den öffentlich ausgelegten Wahllisten sich verzeichnet findet. Das Wahlrecht kann nur von dem betreffenden Wähler persönlich, nicht durch einen Stellvertreter oder auf brüßlichem Wege ausübt werden. Aus Vorstehendem ist ersichtlich, wie notwendig es ist, daß sich jeder Wahlberechtigter davon überzeuge, ob sein Name auch in die Wählerlisten eingetragen worden ist. Einsprüche gegen die Richtigkeit müssen innerhalb acht Tagen, also bis spätestens am Dienstag den 10. Juli angebracht werden. Zur Vermeidung von Weitläufigkeiten ist zu empfehlen, daß diejenigen, welche gegen die Richtigkeit der Wählerlisten Einspruch zu erheben haben, sich mit der letzten Steuerquittung, die als Legitimation zugelassen wird, versehen.

Am Anfange der verfloffenen Woche begann der Congress nach der kundgegebenen Nachgiebigkeit Rußlands unter den günstigen Voraussetzungen die Fortsetzung seiner Arbeiten und dieselben sind thatsächlich vom besten Erfolge bis zur letzten Sitzung des Congresses begleitet worden. Die schwierige bulgarische Frage wurde ziemlich schnell in ihren Hauptfragen erledigt und auch ihre Einzelfragen sind beinahe zum Abschlusse gebracht. Ein souveränes von einem vermuthlich einheimischen Fürsten regiertes Bulgarien und ein autonomes Rumelien unter türkischer Hoheit werden künftig die östlichen Balkanländer bilden, wobei noch hervorgehoben zu werden verdient, daß der Congress auf den Antrag Oesterreichs für die Staaten Bulgarien und Rumelien auch vollständige Freiheit und Gleichberechtigung der religiösen Cultur bestimmt hat. Nachdem so im Osten der Balkanhalbinsel eine Neuordnung der Dinge geschaffen wurde, ist der Congress auch daran gegangen, für den Westen dieser Halbinsel ein Gleiches zu schaffen. Hier giebt es zunächst die Verhältnisse Bosniens und Herzegowina zu ordnen, wodurch die Interessen Oesterreichs in den Vordergrund treten. Oesterreich, welches an seinen Südgrenzen seit Jahren durch die Unruhen in Bosnien und der Herzegowina belästigt worden ist, verlangt von dem Congress das Bestehende, in jenen Provinzen die Ordnung nach seinem Willen herstellen zu dürfen, wobei allerdings auch den europäischen Interessen Rechnung getragen werden muß. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß Oesterreich bei diesen Bestrebungen mit der Türkei in Conflict geräth, doch wird das etwaige Widerstreben derselben an der Energie Oesterreichs scheitern, da bereits 80,000 Mann österreichische Truppen in Dalmatien und Croatien bereit stehen, um Bosnien und die Herzegowina zu besetzen. Neben der bosnischen Frage wird am Congress auch bereits die griechische diskutiert und wird man hier wohl dem lebhaftesten Widerspruche der Türken begegnen, da dieselben wohl geneigt sind, den Provinzen Thessalien und Epirus selbstständige Verwaltung zu bewilligen, aber die Abtretung irgend welcher Gebietsstücke an Griechenland wollen sie durchaus nicht zugestehen. Rumänien hatte neuerdings einen Protest wegen der Haltung Rußlands an die Großmächte gerichtet, doch fanden gleich darauf auch Besprechungen zwischen den russischen und rumänischen Bevollmächtigten statt und es steht zu hoffen, daß zwischen Rußland und Rumänien in der besprochenen Streitfrage doch eine Einigung erzielt wird. — In Oesterreich-Ungarn ist nunmehr der neue Ausgleich amtlich publicirt worden und können beide Reichshälften sich des friedlichen Dualismus auf

eine längere Reihe von Jahren erfreuen. Auf kaiserliche Verordnung wurde auch der österreichische Reichsrath am 27. und der ungarische Reichstag am 30. Juni vertagt. Die Vertagung des letzteren geschah in feierlicher Weise durch die Verlesung einer Thronrede durch den Kaiser Franz Joseph in Person. — Die Franzosen sind bestrebt, ihre Weltausstellung so glanzvoll als möglich zu gestalten und sie veranstalten daher ein festliches Schauspiel nach dem andern. Das großartigste von den bisherigen Festen war aber wohl das am 30. Juni begangenen Nationalfest, wo Paris seinen ganzen Zauber entfaltet hatte, um den anwesenden Franzosen aus der Provinz und besonders auch den Fremden einen pompösen Eindruck von einem französischen Nationalfeste zu bereiten. — Das spanische Königreich, welches fast das ganze Jahrhundert hindurch von den mannigfaltigsten Unglücksfällen heimgesucht wurde, befindet sich in tiefer Trauer wegen des Verlustes seiner jungen Königin, die im Alter von kaum achtzehn Jahren von einem typhösen Fieber dahin gerafft wurde. An dieser Trauer reiht sich aber auch die politische Sorge an, denn durch die verstorbene Königin war ein Seitenzweig der in Spanien herrschenden Bourbonen mit der Königslinie vereinigt worden und das Ableben der Königin kann leicht Anlaß zu neuen Thronstreitigkeiten in Spanien geben. — Aus Constantinopel meldet man, daß neue Anzettelungen und Verschwörungen den Thron des Sultans Abdul Hamid bedrohen und daß die Partei der Unzufriedenen fortwährend bestrebt ist, den Sultan Murad wieder auf den Thron zu heben.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich. Dresden, 28. Juni. Die Zweite Kammer genehmigte in ihrer heute Vormittag abgehaltenen Sitzung das Budget und das Finanzgesetz auf die Jahre 1878—1879 mit 62,491,000 M. in Einnahme und 62,431,417 M. in Ausgabe, sowie überdies mit Aussetzung eines Gesamtbetrages zu außerordentlichen Staatszwecken von 24,068,469 M.

Berlin, 30. Juni. Dem neuesten Bulletin zufolge befindet sich der Kaiser nach einer sehr guten Nacht wohl und hat, nachdem die Wunden am Kopfe sämmtlich vernarbt sind, der bisherige Schutzverband weggelassen werden können.

Vom Congress. In der Congresssitzung am 28. d. ist von allen Großmächten das Einschreiten Oesterreichs in Bosnien und der Herzegowina als wünschenswerth anerkannt worden. Einwendungen dagegen sind von den Türken erhoben worden und weitere Schritte diesen gegenüber abzuwarten. Seiten keiner Großmacht erfolgte irgend welcher Widerspruch. Deutschland bezeugte ein warmes Interesse für Oesterreich, England und Rußland nicht minder. Wie es heißt, leiteten die englischen Vertreter die Discussion ein. — Wie das „D. M. B.“ hört, sollen die Ausflüchte Griechenlands auf Erfüllung der in einem Memorandum dem Congress vorgelegten Wünsche nicht sehr günstig stehen. England und Oesterreich sollen sich nur noch für eine Erweiterung der Grenzen des Königreichs einschließlich des Hofens von Bolo aussprechen! In den Vorbesprechungen sind Vorschläge gemacht worden, welche dahin gehen, in den mit administrativer Autonomie anstatteten Provinzen Epirus und Thessalien den Griechen dieselben Rechte zu geben, wie sie die Oesterreicher in Bosnien erhalten. — Die am Sonnabend begonnenen Verhandlungen der Kommission zur Grenzregulirung Serbiens konnten wider Erwarten nicht zu einer Einigung führen und in Folge dessen ist das schon ganz entworfene Congressprogramm wider um Etwas verschoben worden.

Zur Katastrophe des Panzerschiffes „Großer Kurfürst“ ist folgende Notiz der Nordd. Allg. Ztg. von Interesse: Nach dem Pensionsgesetze von 1871 genießen die Hinterbliebenen der bei einem Schiffbruch in der kaiserlichen Marine Verunglückten dieselben Rechte wie die Hinterbliebenen der im Kriege Gefallenen. Die einzige vorhandene Wittwe eines Offiziers, um die es sich bei dem jetzigen besagten Falle handelt, bekommt danach 300 Thaler jährliche Pension und für jedes Kind 50 Thaler Erziehungsgehalt. Die Hinterbliebenen der Mannschaften, von denen etwa 40 bis 50 verheirathet waren, beziehen folgende Sätze: für die Wittwe 5 bis 9 Thaler monatlich, für jedes Kind 3 1/2 Thaler monatlich. Ebenso viel wie jedes Kind bekommt jeder der Verwandten in aufsteigender Linie, Eltern u., deren alleiniger Ernährer der Verunglückte war.

Eine deutsch-russische Commission bereist gegenwärtig die Grenze von Botangen bis Wislowitz. In den preussischen Grenzprovinzen giebt man sich der Hoffnung auf Eröffnung neuer Grenzübergänge hin. Die

Schlussconferenzen, welche die Entscheidung über die Resultate der seit vielen Monaten gepflogenen Verhandlungen bringen sollen, werden im November in Berlin stattfinden.

Aus Rom meldet die „Eölnische Zeitung“ unterm 28. Juni: „Der Papst nöthigte Ledochowski, trotz seines Widerstrebens, einen Brief an den Klerus von Posen zu senden, um diesen aufzufordern, von der politischen Agitation abzulassen. Der Papst will nicht anarchische Mittel anwenden, um kirchliche Zwecke zu erreichen.“

Barmen, 29. Juni. Wie die „Barmer Zeitung“ meldet, ist gestern Abend der große Tunnel bei Schwelm (Eisenbahnstrecke Schwelm-Düsseldorf der bergisch-märkischen Bahn) in einer Länge von 21 Metern eingestürzt. Circa 27 Personen sind verschüttet worden. Bis heute früh wurden 7 Leichen aufgefunden. Die Arbeiten zur Auffindung der Leichen und zur Klärung werden fortgesetzt.

München, 29. Juni. Der bekannte ultramontane Redacteur Dr. Eigl ist wegen Beleidigung des deutschen Kaisers heute verhaftet worden.

Oesterreich. Schon werfen die erwarteten Ereignisse militärischer Natur ihre Schatten vor sich her. Die „Agrarzeitung“ meldet, das dortige Generalcommando habe mit mehreren Unternehmern einen Vertrag, betreffs Erbauung einer Nothkaserne nächst dem Bahnhofs binnem zwanzig Tagen abgeschlossen. Die Kaserne sei für 1000 Mann berechnet. Plakate fordern die Unternehmer auf, durch Karlstadt eventuell durchziehende Truppen zu verpflegen. Ferner besagt eine der Wiener „Presse“ aus Wien, 27. d. zugegangene Privatmittheilung, daß wegen der von türkischen Truppen verübten Grenzverletzungen zwischen Sinj und Livno der Grenzpunkt Selibrig von der dalmatinischen Landwehr besetzt wurde, welche ihre Infanterietruppen in Sinj hat. Die Landwehr wurde überall enthusiastisch empfangen. — Die hochhoffiziale Montagsrevue meldet unterm 30. Juni: Der Einmarsch der Oesterreicher in Bosnien und der Herzegowina erfolgt am Dienstag. Der Passus der ungarischen Thronrede über die auswärtige Lage lautet: „Der Stand der auswärtigen Beziehungen lasse hoffen, daß neben den Interessen der Monarchie auch die Segnungen des Friedens gesichert wären. Das Verdienst hierfür gebühre auch dem Reichstage wegen seiner Unterstützung der Regierung. Möge die Zukunft was immer bringen, so lege der Kaiser das Vertrauen, daß die Interessen der Monarchie am Reichstage und an jedem Sohne des Landes eine sichere Stütze finden würden.“

Großbritannien. London, 26. Juni. Die „Foreley“ fuhr gestern in der Frühe zu dem Brack des „Großen Kurfürsten“ hinaus und da das Wetter günstig war, konnten die Taucher große Fortschritte in der Besichtigung des untergegangenen Schiffes machen. Es gelang ihnen, ein Seil an der Schraube und der Hauptstange zu befestigen, welche letztere wahrscheinlich heute wird gehoben werden können. Im Uebrigen sind sie zunächst vornehmlich mit der Entfernung der Tafellogs und des Seilwerks beschäftigt, da diese die Arbeiten sehr erschweren und das Tauchen wegen der möglichen Verschlingung der Luftleitungsrohre mit dem Seilwerk sehr gefährlich machen. — In Portsmouth herrschte gestern Abend nicht geringe Aufregung. Es war nämlich ein Befehl von der Admiralität eingetroffen, das Truppentransportschiff „Euphrates“ unverzüglich nach Malta zu entsenden. Die weiteren Transportschiffe „Crocodile“ und „Serapis“ sollen bald folgen; das erstere am 5., das letztere am 6. Juli. Da die Schiffe keine Fracht nach Malta einzunehmen scheinen, so liegt die Vermuthung nahe, daß der Zweck ihrer Reise der ist, die erst kürzlich von Indien nach Malta verschifften Truppen, nachdem sie ihren Zweck erreicht haben, nunmehr von Malta nach Indien zurückzubringen. Zu gleicher Zeit ist auch in Portsmouth die Anweisung eingetroffen, auf den Werften keine neuen Arbeiter anzunehmen. Das alles scheint eine friedliche Auffassung der Lage zu rechtfertigen.

Türkei. Gerüchtheise verlautet, daß die Boten in Constantinopel ihre Regierungen ersuchten, Kriegsschiffe nach Kreta zu senden, um die Fremden zu schützen.

Wie ferner in Constantinopel verlautet, beabsichtigt in Folge der bevorstehenden Räumung von Varna angeblich die Pforte, sich in Burgas einen neuen Kriegshafen für die rumelische Küste zu gründen, und will deshalb durch ihre Delegationen auf dem Congress das Besatzungsrecht für diese Stadt in Anspruch nehmen lassen. — Das Seraskierat hat die fernere Absendung von Truppen nach Kaval eingestellt, da für die Linie Boulair-Gallipoli momentan keine Gefahr vorhanden sei.